

Aschot Manutscharjan

Der georgisch-russische Krieg vom August 2008 rückt den Krisenherd Kaukasus erneut ins Zentrum der internationalen Politik. Die Sezessionskonflikte um Abchasien, Südossetien oder Berg-Karabach destabilisieren die Region seit Beginn des Auflösungsprozesses der UdSSR am 22. Dezember 1991.

„Alles begann in der Zeit des Zerfalls der Sowjetunion, als Moskau die Konflikte in Abchasien und Südossetien initiierte“, sagte die georgische Parlamentspräsidentin Nino Burdschanadse dem Autor. Ob an allen Problemen Georgiens immer Russland schuld sei? „Nein, bestimmt nicht. Wir haben selbst schwere Fehler gemacht“, betonte die Politikerin und verwies auf die Entsendung georgischer Streitkräfte 1993 nach Abchasien. „Damals sind wir auf die von Russland vorbereitete Provokation hereingefallen.“ Fünfzehn Jahre später ist wieder von einer „Provokation Russlands“ die Rede, als in der Nacht vom 7. auf den 8. August 2008 die georgischen Streitkräfte die abtrünnige Provinz Südossetien und die dort stationierten russischen „freundschaftenden Truppen“ angreifen.

Der Südossetien-Konflikt

Bereits am 10. November 1989 hatte sich der Gebietssowjet von Südossetien mit der Bitte an Tiflis gewandt, der Region die Rechte einer Autonomen Republik im staatlichen Verband Georgiens zuzubilligen. Dieses Gesuch war der Anlass für einen Marsch bewaffneter Georgier nach Zchinwali, die dieses Anliegen als den

Versuch der Aneignung ureigenster georgischer Territorien (Samatschablo) durch die Osseten bewerteten. Damit begannen die militärischen Auseinandersetzungen zwischen Georgiern und Osseten.

Obwohl der erste frei gewählte Präsident Georgiens, Swiad Gamsachurdia, immer wieder versichert hatte, er werde Rücksicht auf die Interessen der nationalen Minderheiten nehmen, geschah das Gegenteil: Er startete nach der Unabhängigkeitserklärung 1990 eine nationalistische Kampagne, um Georgien gegebenenfalls auch gewaltsam zu „georgisieren“. Vor diesem Hintergrund hofften die Minderheiten auf den Fortbestand der UdSSR. Sollte dies nicht möglich sein, wollten sie aus dem „kleinen Imperium“ Georgien (so Andrej Sacharow) austreten und den Anschluss an das „große Imperium“ Sowjetunion beziehungsweise die Russische Föderation wagen.

Nachdem Südossetien im Oktober 1990 einseitig die Südossetische Sowjetrepublik ausgerufen hatte, schaffte Gamsachurdia im Dezember den Status als autonomes Gebiet ab. Im Juli 1991 forderte er die Autonome Republik Abchasien auf, sich mit einer kulturellen Autonomie zufriedenzugeben. Diese Erklärungen provozierten Proteste der nationalen Minderheiten, die eine Diskriminierung und eine Beschränkung ihrer Rechte in einem unabhängigen georgischen Staat nicht hinnehmen wollten.

Aufgrund eines Aufstands musste Gamsachurdia am 21. Dezember 1991 aus Georgien fliehen. Um den Umsturz nach

außen zu legitimieren, baten die Putschisten den ehemaligen Ersten Sekretär der Kommunistischen Partei Georgiens, Eduard Schewardnadse, als Staatschef nach Tiflis zurückzukehren. Die militärischen Auseinandersetzungen zwischen Georgien und Südossetien wurden im Juli 1992 eingestellt, nachdem auf Initiative Schewardnades eine Vereinbarung Georgiens mit Russland über die Einsetzung einer russisch-georgischen Friedenstruppe getroffen worden war. Bis August 2008 lag der georgisch-ossetische Konflikt auf Eis, denn alle Verhandlungen zur Konfliktlösung scheiterten.

Russische Vermittler hatten im georgisch-ossetischen Konflikt einen Waffenstillstand erreicht, ohne dass damit die Ursachen des Streits beseitigt worden wären. Entsprechend der im Juli 1992 in Dagomis (Sotschi) unterzeichneten Waffenstillstandsvereinbarung sollten russische, georgische und ossetische Truppen gemeinsam die Einhaltung des Abkommens überwachen. In Zchinwali, der Hauptstadt Südossetiens, blieben die Protagonisten eines unabhängigen Südossetien an der Macht. Obwohl ihnen eine offizielle Anerkennung versagt blieb, übten sie de facto die Herrschaft aus. Überdies sah das Waffenstillstandsabkommen von Dagomis vor, dass die russischen Truppen nach der Beilegung des Konfliktes das georgische Territorium wieder zu verlassen hätten. An dieser Stelle soll betont werden, dass Russland mit seiner Vermittlungsmmission keineswegs das Ziel verfolgte, Georgien beizustehen. Vielmehr war sein Engagement ein Beleg dafür, dass Moskau das Ausmaß der Gefahr für die eigene Kaukasusgrenze realisiert hatte. Deshalb hatte der Kreml mehrfach deutlich gemacht, dass Russland für die territoriale Integrität Georgiens eintreten werde. Mit anderen Worten: Moskau verfolgte von Anfang an das Ziel, diese Konflikte einzudämmen. Ansonsten bestand die Gefahr, dass die Unab-

hängigkeitsbewegungen zu einer Vereinigung der nordkaukasischen Völker führen könnten. Der Sezessionskrieg Tschetscheniens (1994 bis 2001) bestätigte später diese Befürchtungen Moskaus.

Im November 1994 wurde Eduard Schewardnadse im georgischen Parlament vorgeworfen, er trage die persönliche Verantwortung für den Verlust Südossetiens. Schewardnadse begegnete den Vorwürfen, indem er diesen Krieg als den größten Fehler in der jüngsten georgischen Geschichte bezeichnete: „Ich will nicht davon sprechen, wer den Befehl für den Kriegszug gegeben hat und wessen Ideologie eine wichtige Rolle gespielt hat.“ Da dieser Konflikt den Keim zu einem Krieg mit Russland in sich trage, habe er reagiert und mit Präsident Jelzin verhandelt.

Niederlage in Abchasien

Neben der Auseinandersetzung mit den Osseten, die die Abgeordneten in Tiflis als „Agenten Moskaus“ bezeichneten, bekam es Schewardnadse mit dem abchasischen Problem zu tun. Am Ende stand ein blutiger Bürgerkrieg. Unterdessen weigerte sich auch die Regierung der Autonomen Provinz Adscharien, Regierungsverlasse aus Tiflis auszuführen. Konfrontiert mit diesen vier verschiedenen Konflikten, entschied sich Schewardnadse für eine gewaltsame Lösung der Minderheitenprobleme. Denn mit dem Krieg in Abchasien drohte Georgien endgültig in mehrere Kleinstaaten zu zerfallen.

Die Abchasische Sozialistische Sowjetrepublik (SSR) wurde 1921 gegründet. Nur zehn Jahre später, 1931, änderte Stalin ihren Status: Danach wurde Abchasien als Autonome Republik in die Georgische SSR eingegliedert. Nachdem das unabhängige Georgien 1991 die Verfassung der UdSSR aus dem Jahre 1978 annulliert hatte, verlor Abchasien seine Autonomierechte. Nur achtzehn Prozent der abchasischen Bevölkerung waren zu

diesem Zeitpunkt ethnische Abchasen. Der Oberste Sowjet von Abchasien, dessen Zusammensetzung nicht die ethnischen Verhältnisse der Autonomen Republik widerspiegelte, beschloss im Juli 1992, aus Georgien auszutreten.

Die Reaktion der georgischen Führung zeigte, dass eine politische Lösung von Anfang an ausgeschlossen wurde: Am 18. August 1992 schickte Präsident Schewardnadse unter dem Vorwand der Terrorismusbekämpfung und der Vereitelung von Sezessionsbestrebungen, die sich gegen die territoriale Integrität Georgiens richteten, Truppen in die unbotmäßige Provinz. Später distanzierte sich Schewardnadse von diesem Feldzug und machte Verteidigungsminister Tengis Kitowani für die Entscheidung verantwortlich. Mit dieser Aktion begann ein brutaler Krieg vor allem gegen die abchasische Zivilbevölkerung: Die georgische Militäregierung drohte ihnen offen mit der totalen Vernichtung. Als Folge des Krieges wurden mehr als zweihunderttausend Georgier aus Abchasien vertrieben.

Militärisch unterstützt wurden die Abchasen von eilig herbeigerufenen Freiwilligen aus der neu gegründeten „Konföderation der Bergvölker des Kaukasus“. Darin hatten sich dreizehn zur Russischen Föderation gehörende nordkaukasische Völker zusammengeschlossen. Die Abchasen hatten sich mit einem Hilferuf auch an die Tschetschenen gewandt, die für die Unabhängigkeit des ganzen Nord-Kaukasus von Russland eintraten. Die unerwartet heftige Gegenwehr der Abchasen und die drohende Niederlage zwangen Schewardnadse, sich mit einem Hilfegesuch an Moskau zu wenden. Das hielt den Kreml aber nicht davon ab, die Abchasen im September 1993 bei der Rückeroberung Suchumis zu unterstützen, um so die Militärpräsenz Russlands in Abchasien zu festigen. Nach dem Ende des Krieges wurden die vorhandenen russischen Einheiten in „Friedenschaf-

fende Truppen“ umbenannt. Seit 1994 kontrollierten sie zusammen mit UN-Militärbeobachtern (UNOMIG) die Einhaltung des Waffenstillstands an der georgisch-abchasischen Grenze.

Destabilisierung Georgiens

Dass der Kreml auf Seiten der Abchasen eingriff, liegt nicht zuletzt in seinem Misstrauen gegenüber der Außenpolitik Schewardnads begründet. Während Tiflis offiziell eine strikte Neutralitätspolitik betrieb, arbeitete Schewardnadse tatsächlich darauf hin, der NATO Georgien als „Aufmarschgebiet“ an der Südgrenze Russlands anzubieten. Nachdem die Politiker im Kreml zu der Überzeugung gelangt waren, dass Georgien auf die russischen Interessen im Südkaukasus keine Rücksicht nehmen würde, entschieden sie sich, die „eingefrorenen Konflikte“ in Abchasien und Südossetien für die Destabilisierung Georgiens zu instrumentalisieren und dessen NATO-Beitritt zu torpedieren.

Zwischen 1994 und 2008 lehnten Abchasien und Südossetien alle georgischen Vorschläge zur Konfliktlösung im Rahmen einer Föderation ab und forderten stattdessen die Gründung einer Konföderation. Bereits am 26. November 1994 hatte das abchatische Parlament die Unabhängigkeit des Landes erklärt. Auch Südossetien wollte nicht zu Georgien gehören und beantragte wie Abchasien den Beitritt zur Russischen Föderation. Obwohl sich die abtrünnigen Provinzen allen Kompromissangeboten verweigerten, schloss Präsident Schewardnadse eine militärische Lösung aus.

Erst sein Nachfolger, Präsident Micheil Saakaschwili, änderte diesen Kurs: Mit seinem Machtantritt 2004 wurde die militärische Option wieder ein Mittel der Politik. Saakaschwili wollte die abtrünnigen Provinzen notfalls mit einem Waffengang bezwingen und die russischen Truppen aus Georgien vertreiben. Als wichtiger

Meilenstein auf diesem Weg galt dem mit innenpolitischen Problemen belasteten Präsidenten der NATO-Gipfel im April 2008 in Bukarest. Nachdem Georgien dort mit Unterstützung der USA in den NATO Membership Action Plan (MAP) aufgenommen worden wäre, wollte er sich in der Heimat als Retter der Nation feiern lassen und alles Weitere abwarten. Als daraus zunächst nichts wurde, änderte Saakaschwili seine Taktik und erhöhte „die Temperatur der Konflikte“, um sie aus ihrem „eingefrorenen Zustand“ zu befreien. Daraufhin warnte Russland die politische Klasse in Tiflis bis in den Juli 2008 hinein mehrmals öffentlich, sollte Georgien Südossetien oder Abchasien angreifen, werde die russische Armee zurückschlagen.

Am 7. August 2008 gab Saakaschwili seinen Truppen den Befehl, Südossetien zurückzuerobern. Das Resultat ist bekannt: Nach seinem Vergeltungsschlag erkannte Russland am 25. August 2008 beide Provinzen als unabhängige Staaten völkerrechtlich an und schloss militärische Beistandsverträge ab. Die Erklärung Präsident Dimitri Medwedew, Russland habe einen Genozid verhindert, steht im groben Widerspruch zur russischen Vernichtungspolitik gegenüber einer Minderheit im eigenen Land: den Tschetschenen.

Streit um Berg-Karabach

Der „älteste“ Sezessionskonflikt im Südkaukasus geht um Berg-Karabach. Vor zwanzig Jahren, am 20. Februar 1988, beschloss der Rat der Volksdeputierten des Autonomen Gebietes von Berg-Karabach, aus der Aserbaidschanischen SSR auszutreten. Gleichzeitig bat er den Obersten Sowjet Aserbaidschans, dem Austritt zuzustimmen. Armenien wurde aufgefordert, sich mit der Wiedervereinigung einverstanden zu erklären. Das zu dreiundneunzig Prozent von Armeniern besiedelte Berg-Karabach (armenisch: Arzach)

war am 5. Juli 1921 auf Beschluss des unter Josef Stalin tagenden Kaukasischen Büros der Bolschewiken-Partei der Verwaltung der Aserbaidschanischen SSR unterstellt worden. Während der gesamten Sowjetzeit kämpften die Armenier in Berg-Karabach für die Loslösung des Gebiets von Aserbaidschan.

Die nationale Erhebung der Arzacher 1988 steht in unmittelbarem Zusammenhang mit den von Michail Gorbatjow geweckten Hoffnungen, dass „alle Fehler des Stalinismus“ korrigiert werden müssten, auch in der Nationalitätenpolitik. Als Reaktion auf die friedlichen Demonstrationen in Berg-Karabach organisierte die aserbaidschanische Führung (26. bis 29. Februar 1988) Pogrome gegen die in Sumgait lebenden Armenier. Dieses Verbrechen führte zu einer Eskalation der Auseinandersetzung: Rund vierhunderttausend christliche Armenier wurden aus Aserbaidschan deportiert. Das hielt einige „Experten“ in Deutschland nicht davon ab, das ölreiche Land als „tolerantesten Staat“ zu bezeichnen. Unterdessen kehrten alte Traumata zurück: Die Armenier fühlten sich an den Völkermord im Osmanischen Reich (1915 bis 1918) und an die türkisch-aserbaidschanischen Pogrome in Baku (1918) erinnert.

Noch vor dem Zerfall der Sowjetunion hatten die Armenier am 2. September 1991 die „Republik Berg-Karabach“ ausgerufen und am 10. Dezember 1991 in einem Referendum für ihre Unabhängigkeit votiert. Nach dem Zerfall der Sowjetunion endete der Konflikt um Berg-Karabach in einem Krieg zwischen Armenien und Aserbaidschan, den die Armenier gewannen. Aufgrund der russischen Vermittlung konnte im Mai 1994 ein Waffenstillstand vereinbart werden, der bis heute hält. Zuvor hatten die Arzacher den Latschin-Korridor nach Armenien erobert und sechs aserbaidschanische Bezirke besetzt.

Die Suche nach einem Ausweg aus dem Karabach-Konflikt wurde im Frühjahr 1992 internationalisiert, als die OSZE daranging, die sogenannte „Minsker Gruppe“ – bestehend aus zwölf Staaten – einzuladen, um gemeinsam eine Lösung zu finden. Berg-Karabach wurde als Konfliktpartei zu den Verhandlungen nicht zugelassen. Gleichzeitig ging Aserbaidschan auf internationaler Ebene weiter gegen Jerewan vor: UNO und OSZE sollten das Land als „Aggressor-Staat“ stigmatisieren und Sanktionen verhängen.

Beim Streit um den Status von Berg-Karabach und dessen Sezessionsrecht argumentieren die politisch Verantwortlichen in Jerewan, die Enklave sei niemals Teil der unabhängigen Republik Aserbaidschan gewesen. Aus armenischer Sicht entstanden als Folge des Zerfalls der UdSSR auf dem Territorium der ehemaligen Aserbaidschanischen SSR zwei unabhängige Staaten: die Republik Berg-Karabach und die Republik Aserbaidschan. Unterstützt wird diese Sichtweise einzig von der Republik Armenien, die den Krieg um Berg-Karabach (1992 bis 1994) auf eine Aggression Aserbaidschans zurückführt, das mit „ethnischen Säuberungen“ versucht habe, die christlichen Armenier auszurotten oder zu deportieren. Damit sei das Recht auf Sezession gegeben, da die innerstaatliche Selbstbestimmung im Rahmen einer Autonomie ausgeschlossen sei.

Georg Brunner, Direktor des Instituts für Ostrecht der Universität Köln, betonte, dass im Fall von Berg-Karabach die Gründe überwiegen, „die für die Priorität des vom armenischen Volk im Sinne der Sezession und Vereinigung ausgeübten Selbstbestimmungsrechts gegenüber dem aserbaidschanischen Souveränitätsanspruch sprechen: ausgeprägte Identität und Staatsfähigkeit der christlich-indoeuropäischen Armenier und große ethnisch-kulturelle Distanz zu den islamisch-türkischen Aserbaidschanern, grobe Men-

schenrechtsverletzungen seitens der Aserbaidschaner aus Gründen ethnischer Diskriminierung, keine Aussichten auf einen effektiven Minderheitenschutz und eine politisch diffuse Übergangsperiode nach dem Zerfall der Sowjetunion. Berg-Karabach ist zwar durch einen schmalen, größtenteils von Kurden besiedelten Gebietsstreifen von Armenien getrennt, aber die Anbindung an Armenien durch einen Korridor, wie er im Ergebnis der Kampfhandlungen bereits hergestellt ist, ist ohne größere technische Probleme zu bewerkstelligen.“

Auf die diplomatische Anerkennung des Kosovo verzichtete Armenien aus Rücksicht auf die Haltung seines militärischen Hauptverbündeten Russland. Desse[n] ungeachtet stellte Russland, zusammen mit den USA und Frankreich, am 15. März 2008 unmissverständlich klar, dass es die „territoriale Integrität Aserbaidschans anerkennt“, hingegen die „Unabhängigkeit von Berg-Karabach nicht“.

Auch zwanzig Jahre nach dem Beginn des Karabach-Konfliktes haben sich die Positionen der Konfliktparteien nicht geändert: Aserbaidschan fordert die Beendigung der armenischen Aggression und die Befreiung der besetzten Gebiete. Um seinem Willen Nachdruck zu verleihen, droht Baku Armenien regelmäßig mit einem Militärangriff und erhöht seinen Militärhaushalt. Umgekehrt lässt Jerewan keinen Zweifel daran aufkommen, sich weiter für das Sezessionsrecht der Karabach-Armenier einzusetzen und sie notfalls auch militärisch zu unterstützen.

Obwohl Russland Abchasien und Südossetien als unabhängige Staaten anerkannt hat, lehnte Moskau den gleichen Schritt gegenüber Berg-Karabach ab: Denn Russland will diesen Konflikt auch in Zukunft als Druckmittel gegen Aserbaidschan und Armenien benutzen können, um Bakus Annäherung an die NATO zu verhindern und Armenien in der militärischen Union zu halten.